

# UTE VOGT

## INFORMIERT



Nr. 3

SPD

Mai 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

noch drei Sitzungswochen bis zur parlamentarischen Sommerpause und daher aktuell jede Menge Termindruck in Berlin. Bei mir steht das Standortauswahlgesetz ganz oben auf der Tagesordnung. Nach der Einigung von Bund und Ländern soll das Gesetz noch Anfang Juli in die berühmten "trockenen Tücher". Zuvor gibt es dazu ein Symposium mit über 150 Beteiligten aus Bürgerschaft, Initiativen und Energieerzeugern und danach noch das normale Anhörungsverfahren im Bundestag. Die eigentliche Arbeit zur Endlagersuche wird danach erst beginnen und uns viele Jahrzehnte beschäftigen.

In Stuttgart beschäftigt uns derzeit natürlich vor allem der Wahlkampf. Es wäre prima, wenn wir uns am kommenden Wochenende bei der Dialog-Box sehen. Denn nah dran und offen für die Themen der Bürgerinnen und Bürger - so haben wir unser Wahlprogramm gestaltet und so wollen wir auch Wahlkampf führen.

Bis bald,  
Ihre / Eure

### STANDORTAUSWAHLGESETZ

#### Fraktionsbeschluss und Rede zur 1. Lesung

Das Standortauswahlgesetz basiert auf einem Kompromiss: Es wird kein möglicher Standort von vorne herein ausgeschlossen. Im Gegenzug soll es keine weiteren Castortransporte nach Gorleben geben. Dies wurde von Vertretern der Bundesregierung, der Bundestagsfraktionen sowie der Länder verabschiedet und bereits Ende März von Bundesumweltminister Peter Altmaier und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach jahrzehntelangem Streit beruht diese Vereinbarung auf beiderseitigem Entgegenkommen. Diese Verständigung ist deshalb einzuhalten. Das eine geht nicht ohne das andere. Um dies zu dokumentieren, hat die SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der Einbringung des Standortauswahlgesetzes folgenden Beschluss gefasst:

→ Vertrauen schaffen, Zusagen einhalten – keine weitere Zwischenlagerung in Gorleben

→ Rede Ute Vogt zur 1. Lesung zum Standortauswahlgesetz

### FRACKING - LEX BODENSEE GUT, ABER NICHT GENUG

#### Trinkwasserschutz für alle - bundesweit

Endlich hat auch Schwarz-Gelb die Bedeutung des Bodensees für die Trinkwasserversorgung in Stuttgart erkannt. Es ist erschreckend, dass hierfür drei Jahre benötigt wurden. Aber: Noch immer liegt kein taugliches Gesetz vor, das bundesweit alle Gewässer schützt, die der Trinkwasserversorgung dienen. Es muss ganz klar sein: Mit wassergefährdenden Chemikalien und gefährlichen Verfahren kann und darf es kein Fracking geben. Eine solche Lösung würde aber voraussetzen, dass nicht Lobbyinteressen dominieren. Tarnen, tricksen und täuschen auch hier: Wenn der Schutz von Mensch und Umwelt für Schwarz-Gelb wirklich an erster Stelle steht, dann muss das Trinkwasser für alle Bürgerinnen und Bürger geschützt werden!



Bild: Flickr, Global2000

## AUSSTIEG AUS AGRARSPEKULATIONEN

### Volksbanken vorbildlich

Die Volksbanken haben angekündigt, aus dem Spekulationsgeschäft mit Agrarrohstoffen auszusteigen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert schon seit langem wirksame Maßnahmen, um Spekulation mit agrarischen Rohstoffen zu verhindern. Unser Antrag dazu wurde mit schwarz-gelber Mehrheit abgelehnt → [Drs. 17/3413](#). Das Beispiel der Volksbanken muss Schule machen, denn noch immer herrscht im Bankensektor die Meinung vor, dass die Spekulation mit Getreide und anderen Agrarrohstoffen die Preise auf dem Weltmarkt nicht beeinflussen. Auch Schwarz-Gelb muss hier endlich wirksam tätig werden!

## ABGEORDETENBESTECHUNG, DIE ZWEITE: CDU-Unterstützer taucht ab!

Von wegen Farbe bekennen: Der einzige CDU-Abgeordnete, der den fraktionsübergreifenden Antrag zur Regelung der Abgeordnetenbestechung unterstützt hatte, ist abgetaucht. Wir werden daher unseren eigenen SPD-Antrag (→ [Drs. 17/8613](#)) weiter verfolgen. Die Koalition verhindert hier die 2./3. Lesung im Plenum durch stetige Vertagung im federführenden Rechtsausschuss, um sich vor der Abstimmung zu drücken.



## VIEL ERREICHT - UND ES GEHT WEITER

### Die SPD feiert 150 Jahre

Aus diesem Grund ist die große Dialog-Box der SPD bundesweit unterwegs. Von Samstag, 1. Juni bis Montag, 3. Juni gastiert sie in Stuttgart an der Ecke Königstraße / Rotebühlplatz am U-Bahn-Abgang. Ute Vogt ist zur Eröffnung am Samstag ab 11 Uhr mit dabei, ebenso Montag ab 10:30 Uhr. Treffen Sie an drei Tagen auch Ihre Europaabgeordnete, Stadträtinnen und Stadträte und viele in der SPD Engagierte zum Gespräch - für Fragen, Kritik, Lob oder Ideen, die Sie uns mitgeben möchten. Wir freuen uns auf Sie!

Weitere Informationen auf → [www.spd-stuttgart.de](http://www.spd-stuttgart.de)

## VERZÖGERUNG BEIM BAU VON SCHACHT KONRAD BESTÄTIGT

### Mehrkosten bleiben im Dunkeln

Bei der → [Fragestunde im Bundestag](#) hat Ute Vogt die Bundesregierung gefragt, ob Medienberichte zutreffen, wonach sich die Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll noch einmal verzögert. Das Bundesumweltministerium (BMU) musste zugestehen, dass sich die Arbeiten deutlich verzögern werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten blieben völlig im Dunkeln. Die Inbetriebnahme von Schacht Konrad wird aufgrund dieser Verzögerung anstatt 2019 frühestens im Jahr 2021 erfolgen können. Das erfordert eine vollkommene Neujustierung bei der Nutzung von Zwischenlagern, die schließlich nur zeitlich begrenzt für die Aufnahme von radioaktivem Müll geeignet sind. Die Verzögerungen verursachen große Lücken hinsichtlich der Entsorgung der Abfälle vom Rückbau der Atomkraftwerke im Zusammenhang mit der Energiewende. Ute Vogt: „Ich erwarte von der Bundesregierung schnellstmöglich einen neuen Zeit- und Finanzierungsplan und habe dazu einen ausführlichen Bericht in der nächste Sitzung im Umweltausschuss angefordert.“



### Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schrupf

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)

